



MARTIN BÄUMLE
Wie er die GLP in den
Bundesrat bringen will
SEITE 23

HEINRICH NESTLÉ
Wie er als Ausländer
die Schweiz prägte
SEITE 19

Schawinski Seite 20

Wie die SVP die FDP
erpressen will

Dobelli Seite 20

Wie man sich von
induktivem Denken
täuschen lässt

De Weck Seite 21

Wie sie sich am Tag nach
der Premiere fühlte



ILLUSTRATION: BRUNO MUFF

Wo sind die Grenzen?

Nicht nur die SVP, auch Umweltschützer kritisieren die starke Einwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Schadet die Zuwanderung der Schweiz? Oder beschert sie ihr vor allem Vorteile? Eine Debatte.

Die Zuwanderung sichere unseren Wohlstand, schreibt THOMAS DAUM, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

Wir wissen schon lange, dass ohne ausländische Mitarbeiter unser Spitalwesen nicht mehr funktionsfähig wäre, die Kehrriechtsäcke am Strassenrand liegen blieben und wir im Restaurant mangels Bedienung eine Fastenkur machen könnten. Erst in den letzten Jahren ist dagegen die Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitnehmenden zum Thema geworden, wobei die Diskussion vor allem mit Bezug auf die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ge-

führt wird. Kritiker dieser Arbeitsmarktöffnung benennen gerne deren Nachteile und Kosten – ohne die entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft anzuerkennen. Sie argumentieren häufig aus der Perspektive von Partikularinteressen und vergessen die Probleme, mit denen die Schweiz vor der Öffnung kämpfte.

Erinnern wir uns doch an die 1990er-Jahre, also an die Zeit ohne Personenfreizügigkeit: Die Schweiz litt unter einer hartnäckigen Wachstumsschwäche, die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an, und eine pessimistische Grundstimmung lähmte das Land.

Nach einem kurzen Aufschwung zur Jahrhundertwende folgte nochmals eine Baisse, bis dann ab 2004 «die Post abging». Die Wachstumsraten erreichten lange nicht mehr gesehene Traumwerte, bevor auch die Schweiz von der Finanzkrise und der nachfolgenden Rezession erfasst wurde.

Die Personenfreizügigkeit hat zur Folge, dass Schweizer Firmen in den 17 alten EU-Staaten sowie in den Efta-Ländern Norwegen, Island und Liechtenstein seit 2002 erleichtert und seit 2007 frei rekrutieren können. Ohne diese Öffnung wäre der Aufschwung

FORTSETZUNG AUF SEITE 17

Die Zuwanderung bringt mehr Nachteile als Vorteile, schreibt SonntagsZeitung-Autor PHILIPP LÖPFLE.

Die Diskussion um die Zuwanderung erinnert an den Spinat: Liberale Ökonomen und bürgerliche Politiker predigen unablässig, dass wir das Zeug schlucken müssen. «Das ist gut für euch», tönt es im Chor, «es schafft Arbeitsplätze.»

Beim Spinat hat sich mittlerweile herausgestellt, dass die gesundheitsfördernde Wirkung überschätzt worden ist. Bei der Zuwanderung zeigt sich allmählich, dass nicht nur der angebliche

Nutzen fraglich ist. Auch die Nebenwirkungen sind viel schlimmer als bisher vermutet.

Kaum hat sich die Lage im japanischen Katastrophen-AKW Fukushima halbwegs stabilisiert, verdrängt die Zuwanderungsdebatte die Energiediskussion aus den Schlagzeilen: Zuerst verknüpfte die SVP bauernschlau die Atomkraft mit der Einwanderung. Nun wollen die Schweizer Demokraten einen Einwanderungsstopp per Initiative erzwingen. Und auch die Umweltorganisation Ecopop sammelt Unterschriften: Sie will die jährliche Zuwanderung auf 0,2 Prozent der Bevölkerung beschränken. Bei heutigen

Verhältnissen wären das rund 15 000 Personen.

Diese Forderungen werden auf fruchtbaren Boden fallen, wie eine Umfrage des «Beobachters» kürzlich zeigte: 67 Prozent der Schweizer möchten, dass die Zahl der Zuwanderer zurückgeht. Das ist ein alarmierender Befund. Verwunderlich ist er nicht, wenn man die Einwanderungszahlen genauer anschaut: Zwischen 2000 und 2010 ist die Bevölkerung der Schweiz um 621 000 Menschen gewachsen. Das ist nicht mehr weit vom Rekord der 1960er-Jahre entfernt, damals wanderten

FORTSETZUNG AUF SEITE 17

ANZEIGE

Schmetterlings-Wochen

4 für 3

Kaufen Sie den Bettinhalt für ein Doppelbett (2 Matratzen und 2 Systemrahmen), ist 1 Systemrahmen gratis.*

*Bis zum 31. Mai 2011 auf dem Schlafsystem roviva papillon | auch Angebot für Einzelbetten | www.roviva.ch

roviva



ILLUSTRATION: BRUNO MUFF

Bücher zur Zuwanderungs-Debatte



Philipp Löpfe und Werner Vontobel: **«Aufruhr im Paradies. Die neue Zuwanderung spaltet die Schweiz»**. Teure Wohnungen, Verlust des Arbeitsplatzes, Staus auf den Strassen, enge Platzverhältnisse in der S-Bahn: Die Zuwanderung weckt Emotionen. Die beiden Autoren beleuchten das Thema von verschiedenen Seiten, aber unter einem Aspekt: die wirtschaftlichen Auswirkungen. Ihr Fazit: Die Zuwanderung Hochqualifizierter bringt der Schweiz mehr Nach- als Vorteile. Orell Füssli, 2011, 176 Seiten, 39.90 Franken



Gerhard Schwarz und R. James Breiding: **«Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells»**. Wie wuchs die Schweiz zum Land heran, das mit Abstand am meisten Weltkonzerne pro Kopf der Bevölkerung aufweist? Zwei Eingebürgerte würdigen die freiheitliche Tradition der Eidgenossenschaft, aber auch den entscheidenden Beitrag, den eingewanderte Unternehmer wie Nestlé oder Brown und Boveri leisteten. Sie empfehlen «selektive Offenheit» als Erfolgsrezept. NZZ Libro, 2011, 429 Seiten, 60 Franken



Daniel Müller-Jentsch (Herausgeber): **«Die neue Zuwanderung. Die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst»**. Der Sammelband der Denkfabrik Avenir Suisse widmete sich bereits vor drei Jahren der Zuwanderung von Hochqualifizierten. Migrationsforscher, Ökonomen und Politikwissenschaftler untersuchen deren Folgen für die Schweiz, Fotografen und Journalisten zeigen in Reportagen die Gesichter hinter der Statistik. Fazit: Die Zuwanderung ist ein wichtiger Wachstumsmotor, von dem die Schweiz profitiert. NZZ Libro, 2008, 342 Seiten, 49.90 Franken

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 15

mit einem Mehr von rund 350 000 Beschäftigten nicht möglich gewesen. In der Rezession wurden die vielen qualifizierten, gut verdienenden Zuwanderer mit ihrer Nachfrage nach Wohnraum und Gütern zur Stütze der Binnenwirtschaft. Schon nach einem Jahr kehrte die Schweiz zu soliden Wachstumsraten zurück.

Es wäre aber falsch, die verstärkte Zuwanderung nur im Lichte der Konjunkturzyklen zu beurteilen. Die Arbeitsmarktöffnung muss vielmehr als langfristiges Projekt zur strukturellen Stärkung des Standorts Schweiz gesehen werden: Die gute Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften ist für unser Land von entscheidender Bedeutung, kann aber allein aus dem relativ kleinen Schweizer Arbeitsmarkt nicht gewährleistet werden.

Wir sind schlicht nicht in der Lage, genügend Fachkräfte, Forscher und Kader für unseren Denk-, Werk- und Finanzplatz zu «produzieren». Wir brauchen die ergänzende Rekrutierung im europäischen und – selektiv – im globalen Arbeitsmarkt. Die Ausbildung der Migranten aus den EU-17- und Efta-Staaten ist überdurchschnittlich und ihre Erwerbsquote übertrifft sogar jene der Schweizer. Das Arbeitskräfte-Angebot hat so eine deutliche Stärkung erfahren, was den Standort Schweiz attraktiver macht und sich positiv auf das Wachstum auswirken wird.

Von einem gestärkten Wachstumspotenzial profitieren alle. Es verbessert die Beschäftigungschancen, bringt mehr Steuersubstrat und erleichtert die Finanzierung der Sozialversicherungen. Diese Effekte sind unschwer erkennbar, wenn man die Arbeitslosenquote, die öffentlichen Finanzen und die Sozialversiche-

runghaushalte der Schweiz im internationalen Vergleich sieht. Überall ist unser Land in einer sehr guten Position. Und ein bezeichnendes Detail: Die Perspektiven für die AHV-Rechnung «mussten» wiederholt zum Besseren korrigiert werden, weil mehr und höher qualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz zuwanderten als angenommen.

Wie fast alles im Leben hat auch die verstärkte Zuwanderung ihre Kosten, die allerdings nicht bei den Arbeitnehmern zu lokalisieren sind. Diese werden von den Immigranten nicht verdrängt,



Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbands

sondern ergänzt, und ihre Lohnentwicklung wird höchstens in den oberen Segmenten leicht gebremst. Spuren hinterlässt die Zuwanderung dagegen auf dem Immobilienmarkt sowie bei der Beanspruchung der Infrastruktur und des Service public.

Auch hier ist jedoch vor übertriebenen Schuldzuweisungen zu warnen. Die Haus- und Wohnneupreise in der Agglomeration Zürich oder in Zug sind nicht nur wegen der Nachfrage von Ausländern gestiegen. Der Stau auf der A1 nervte die Autofahrer schon vor dem Zustrom von Arbeitskräften aus den EU-Staaten. Die S-Bahn- und Intercity-Züge wären zu Stosszeiten auch ohne Zuwanderer überfüllt.

Im weltweiten «Kampf um Talente» ist die Attraktivität der Schweiz für Ausländer ein Trumpf, den wir nicht mit einer kleinmütigen Diskussion über die Immigrationskosten aus der Hand geben dürfen. Und im Blick auf die demografische Entwicklung wird klar, dass die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte für die Schweiz noch wichtiger werden wird. Ohne sie würde der Arbeitsmarkt bald einmal kollabieren, verlöre die Wirtschaft ihre Leistungsfähigkeit und wären die Sozialwerke nicht mehr finanzierbar. Die Erhaltung unseres Wohlstands liegt buchstäblich in ausländischen Händen. Wir sind gut beraten, die Zuwanderer nicht als «geduldete Gäste», sondern als Bereicherung unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu behandeln.

Diese Feststellung bereitet manchen Schweizern Mühe. Sie fühlen sich bedrängt, sprechen vom «Ausverkauf der Heimat», sehen die Identität der Schweiz gefährdet. Dabei vergessen sie, dass diese Identität nicht nur von Wilhelm Tell und anderen einheimischen Urgesteinen, sondern auch von Ausländern geprägt wurde: Unternehmerpersönlichkeiten wie Charles E. Brown, Heinrich Nestlé oder Nicolas Hayek haben zum Erfolg der schweizerischen Industrie beigetragen. Ausländer spielten beim Aufbau unserer Hochschulen eine entscheidende Rolle und förderten mit mehreren Nobelpreisen ihren internationalen Ruf.

Die Zuwanderungsdiskussion lässt sich mit dem Fussball vergleichen: Entweder wir spielen mit qualifizierten Ausländern um einen Platz in der Champions League – oder wir lassen rein schweizerische Mannschaften auf dem Provinzacker kicken.

873 000 Menschen ein. Der grösste Schub erfolgte in den letzten Jahren, Grund dafür ist die Personalfreizügigkeit mit den alten EU-Staaten.

Zahlen interessieren vor allem Statistiker. Emotionen werden durch reale Erfahrungen geweckt. Lange sorgten «kriminelle Ausländer», «Balkanraser» oder Minarette für Emotionen. Doch Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten sind längst in der Minderheit. Das Gros kommt heute aus den alten EU-Staaten: Zwischen 2008 und 2010 waren es jeweils zwischen 73 000 und 41 000 Menschen – jährlich, wohlverstanden. Diese Zuwanderer sind nicht kriminell, und sie verrichten auch keine Arbeiten, für die sich Schweizer längst zu schade sind. Es handelt sich um gut ausgebildete Facharbeiter und Akademiker. Es handelt sich um die viel zitierten Leistungsträger.

Die Leistungsträger wohnen nicht in Baracken wie einst die Saisoniers aus dem Süden. Sie sind hier, um zu bleiben. Das hinterlässt Spuren. Die Schweizer Bevölkerung wächst jährlich etwa in der Grösßenordnung der Stadt St. Gallen. Zwischen Boden- und Genfersee entsteht eine einzige, überdimensionale Vorstadt. Dabei gehört das Mittelland schon heute zu den zehn am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt. Die Vision eines Schweizer Stadtstaates mit zehn Millionen Einwohnern geistert in periodischen Abständen durch die Medien.

Die Vorstellung eines Zehn-Millionen-Stadtstaates mag einen akademischen Reiz haben. Für die Mehrheit der Schweizer ist die Vorstellung so wie Spinat für Kinder: ungeniessbar. Nur wenn die Wohlstandsgewinne beträchtlich und offensichtlich wären, wäre der Mittelstand allenfalls bereit,

sich damit anzufreunden. Doch für die meisten geht die Zuwanderungsrechnung nicht auf. Das zeigt die Studie «Immigration 2030» der Zürcher Kantonalbank vom vergangenen Herbst. Sie hält fest: «Die Immigration der Periode 2003 bis 2008 wirkte sich negativ auf die Löhne aus. Bei den Schweizerinnen und Schweizern lag der lohnabhängige Effekt bei durchschnittlich rund minus 1 Prozent.» Besonders aufhorchen lässt der nächste Satz: «Mit minus 1,86 Prozent spürten die Hochqualifizierten die ausländische Konkurrenz am stärksten.»



Philipp Löpfe ist Autor der Sonntagszeitung

Das heisst: Die Löhne des Schweizer Mittelstandes, auch jene der am besten qualifizierten Fachkräfte, sind während einer Boomperiode gesunken. Schuld daran ist die Zuwanderung.

Noch schlimmer sieht es auf dem Immobilienmarkt aus. Der Ökonom Reiner Eichenberger schätzt, dass der Wert aller Schweizer Immobilien wegen der Einwanderung, aber auch wegen des Steuerwettbewerbss, neuen Verkehrswegen und anderem jedes Jahr um rund 100 Milliarden Franken steigt. Für den Mittelstand wird das richtig teuer. Zwischen 2000 und 2010 sind die Mieten in der Schweiz durchschnittlich um 19 Prozent gestiegen. In Genf haben sich die Woh-

nungen für Neumieter zwischen 2003 und 2010 um 75 Prozent verteuert. In Zürich und Zug haben sie sich verdoppelt. Nicht besser sieht es bei den Eigentumswohnungen aus: Sie sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 49 Prozent teurer geworden.

Die explodierenden Immobilienpreise sind nicht gottgewollt, sondern das Resultat freundeidgenössischer Politik: Der ausufernde Steuerwettbewerb unter den Kantonen führt zu sinkenden Steuern, gleichzeitig heizt er die Zuwanderung und damit die Preise für Mieten und Wohneigentum weiter an. Die Credit Suisse (CS) hat die Standortqualität des Kantons Zug in einer Studie auf Herz und Nieren geprüft. Sie zeigt auf, dass der Mittelstand unter dem Strich in keiner Weise von diesem Wettbewerb profitiert.

Obwohl der Kanton Zug die tiefsten Steuern des Landes hat und deshalb im Ranking der Standortqualität stets an der Spitze zu finden ist, schneidet er sehr schlecht ab, wenn es um das frei verfügbare Einkommen der Haushalte geht. In dieser alles entscheidenden Wertung steht Zug bloss auf Rang 18 aller 26 Kantone. Der Grund liegt auf der Hand: «Steuer- und weitere Standortvorteile werden durch überdurchschnittlich hohe Wohnkosten zu einem grossen Teil aufgehoben», heisst es in der CS-Studie.

Der breite Mittelstand hat von einem 10-Millionen-Stadtstaat also nur Nachteile: eine zersiedelte Landschaft, stagnierende Löhne und steigende Wohnkosten. Trotzdem geht die Entwicklung unaufhörlich in diese Richtung. Politisch betrachtet ist dies eine tickende Zeitbombe. Höchste Zeit deshalb für eine ernsthafte, nüchterne Diskussion zum Thema Zuwanderung.

Die Gründerväter aus der Fremde

Von «Überfremdung» sprachen die Schweizer schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Dabei waren es Ausländer, die die Schweizer Wirtschaft erst richtig in Schwung brachten

VON MARKUS SCHÄR

«In Kreuzlingen leben gleich viele Einwohner mit und ohne Schweizer Pass.» Ende März meldete der Stadtrat, dass eingetretene ist, «was sich seit einigen Jahren abzeichnete»: In der Thurgauer Grenzstadt, die seit je als Südquartier von Konstanz gilt, stellen die Ausländer mit gut 50 Prozent die Mehrheit. In keiner anderen Deutschschweizer Stadt liegt ihr Anteil so hoch, nur Renens bei Lausanne weist mit 52 Prozent mehr Ausländer aus.

«Der Stadtrat stellt mit Genugtuung, ja Stolz fest, dass das Zusammenleben der Menschen aus verschiedenen Nationen in Kreuzlingen gut funktioniert und zu keinen Spannungen oder nennenswerten Problemen führt», betonte die Mitteilung beflissen. Denn die Stadt habe eine lange Tradition, also Erfahrung mit einem hohen Ausländeranteil: Vor dem Ersten Weltkrieg machten vorwiegend Deutsche und Italiener bis zu 58 Prozent der Bevölkerung aus.

Herman Greulich, der Vater der SP, kam aus Breslau

Tatsächlich erlebte die Schweiz schon einmal die erregte Debatte nicht nur um schlecht qualifizierte Einwanderer, die den Sozialstaat und den Justizapparat belasten, sondern auch um hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die die Einheimischen aus ihren Stellen und ihren Wohnungen verdrängen. In vielen Schweizer Städten stieg bis zum Ersten Weltkrieg der Ausländeranteil auf deutlich höhere Werte als heute, die Diskussionen waren härter, die Prognosen schriller und die Konflikte blutiger. Was lässt sich aus der Geschichte lernen?

Von «Überfremdung» sprachen die Eidgenossen seit 1900: Den Begriff, der sich in der Schweiz durch das ganze 20. Jahrhundert zog, prägte der Zürcher Armensekretär Carl Alfred Schmid. Er warnte 1915, die «hypertrophe», also allzu üppige Ausländerfürsorge gefährde das kleine, naturgüterarme Land, «weil sie zu den Hilfsquellen des Volkes in einem Missverhältnis steht». Und er rechnete schon 1912 in der Schrift «Die Schweiz im Jahr 2000» hoch, dass aufgrund der unterschiedlichen Wachstumsraten 1970 mehr Ausländer als Schweizer im Land leben würden: «So dass die Schweiz schliesslich der Überfremdung, der sie sich nicht erwehren konnte und deren sie auf dem Boden der nationalen Rechtsgestaltung nicht Herr zu werden vermochte, zum Opfer fiel.»

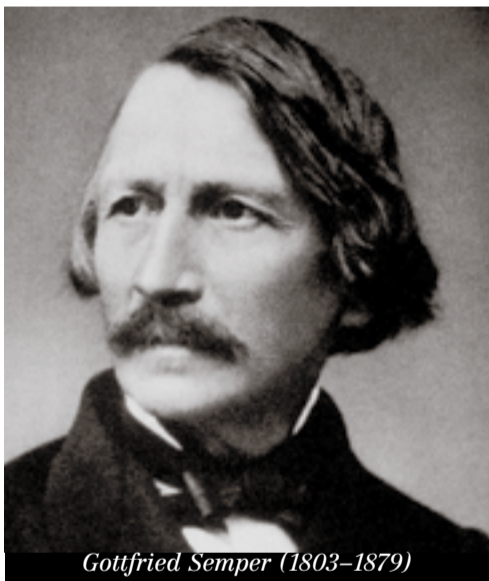
Erst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts empfanden die Einheimischen die Ausländer als Problem. Bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verliessen mehr Menschen das Land, als zuzogen. Noch in der Krise nach 1880 wanderten jährlich mehr als 10 000 Schweizer aus, davon drei Viertel nach Amerika. Und erst 1891, mit dem Jubiläum des angeblichen Rütli Schwurs von 1291, erfand sich die Schweiz als Nation. Der Staatsschreiber Gottfried Keller dachte 1872 mit einem Trinkspruch zur Verabschiedung eines deutschen Medizinprofessors laut über eine Rückkehr der Eidgenossenschaft ins Deutsche Reich nach.



Julius Maggi (1846–1912)

«Man kann heute schon vorausberechnen, dass, wenn der Wachstumskoeffizient für die Fremden der gleiche bliebe, in 77 Jahren die Hälfte der Bevölkerung der Schweiz aus Ausländern bestehen würde.»

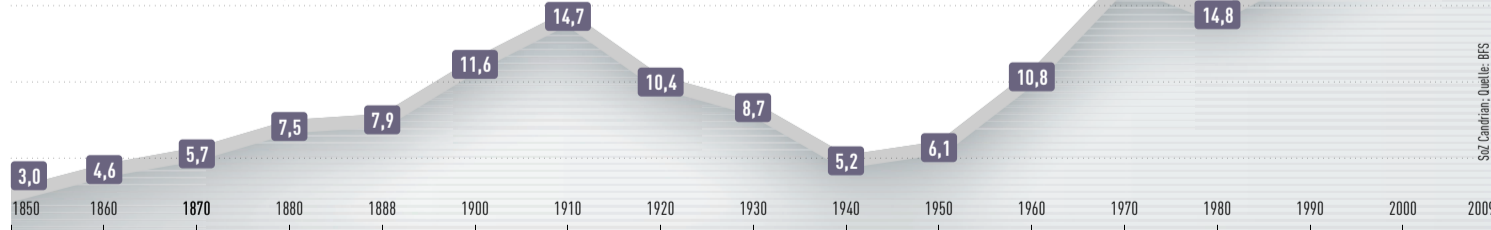
BOTSCHAFT DES BUNDESRATS ZU «MASSNAHMEN GEGEN DIE ÜBERFREMUNG», 1920



Gottfried Semper (1803–1879)

Schon um 1900 gab es in der Schweiz viele Zuwanderer

AUSLÄNDERANTEIL IN DER SCHWEIZ (IN PROZENT)



Vor allem aber nahm die Schweiz bis zum Ersten Weltkrieg Vertriebene und Verkannte aus aller Herren Länder auf – sie verdankte ihnen einige der wichtigsten Anstösse. Die Hugenotten von den Sarasins bis zu den Ringiers, verfolgte französische Protestanten, brachten die Uhrenmacherei, das Bankwesen und die Textilindustrie in die Eidgenossenschaft. Die Unternehmer Franz Saurer und Johann Conrad Neher, vor dem Kriegsdienst in Württemberg geflüchtet, bauten die Unternehmen mit ihren Namen auf; Johann Georg Neher in der nächsten Generation gehörte zu den Gründern der Schweizeri-

schen Industrie-Gesellschaft SIG. Der Architekturprofessor Gottfried Semper, 1849 als «Haupt- rädelsführer» der gescheiterten demokratischen Revolution aus Dresden geflohen, baute die ETH Zürich. Michael Maggi, ein politischer Flüchtling aus der Lombardei, gründete in Frauenfeld eine Teigwarenfabrik, sein Sohn Julius Maggi erfand den Maggi-Würfel. Und mit Herman Greulich, einem verjagten Buchbinder aus Breslau, kam gar der Vater der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz aus dem Ausland.

Daneben nutzten eingewanderte Unternehmer und Wissenschaftler einfach die Chancen, die



Charles Brown (1863–1924)



Herman Greulich (1842–1925)



Ferdinand Sauerbruch (1875–1951)

«Der Schweizerbürger fühlt sich in seinem eigenen Hause nicht mehr heimisch, denn er muss dieses Haus teilen mit einem Mitbewohner, dessen Familie von Jahr zu Jahr mehr anwächst und mehr Raum beansprucht und der den Hausherrn immer mehr einschränkt in der freien Benutzung desselben.»

NATIONALRAT EMIL GÖTTISHEIM, 1910



Heinrich Nestlé (1814–1890)

«Man führt bei uns tschechische Arbeiter ein; man mischt sich überhaupt unbedenklich. Das ist für uns ebensogut eine langsame Art des Selbstmordes wie für die alten Kulturvölker, wenn wir nicht schleunigst wieder dem gesunden Grundsatz Geltung verschaffen, dass jede Rasse sich für die höchste zu halten hat, und dass die Mischung mit anderm Blute eine Sünde ist.»

PROFESSOR EUGEN BLEULER, 1909

der «Handelszeitung» meinte zwar noch 1901, selbst angesichts des Ausländeranteils von 40 Prozent in Basel und gar von 47 Prozent in Genf: «Von einer drohenden Majorisierung auch nur eines Ortes durch Ausländer zu reden, ist einfältig.» Sein Nachfolger stellte aber 1910 fest, «dass die Schweiz als Nation das Recht hat, ihre Volkstümlichkeit gegen den wachsenden Einfluss des fremden Elements zu verteidigen».

Die Schweizer erlebten, soziologisch ausgedrückt, gleichzeitig eine Unterschichtung und eine Übersichtung. Einerseits krampften Italiener und auch Slawen, wie zwischen 1950 und 2000 wieder, in allen Berufen, für die sich die Schweizer zu gut dünkten. Sie blieben in ihren Ghettos unter sich, kämpften mit Streiks für ihre Rechte, sorgten mit kommunistischer Agitation für Unruhe und schlugen gelegentlich sogar in Krawallen zu – die Eidgenossen fühlten sich von den fremd bleibenden Fremden zunehmend bedroht. Der Psychiater Eugen Bleuler warnte gar vor dieser «langsamen Art des Selbstmordes» für die Nation.

Andererseits drängten Deutsche, wie im 21. Jahrhundert wieder, in höhere Positionen in der Wirtschaft, in der Kultur und an den Hochschulen. Was die Einheimischen empfanden, drückte der freisinnige Basler Nationalrat Emil Göttschheim 1910 in einem stark beachteten Vortrag zum «Ausländerproblem» aus: «Der Schweizerbürger fühlt sich in seinem eigenen Hause nicht mehr heimisch.»

Mit Einbürgerungen gegen den hohen Ausländeranteil

Die Liberalen wie Göttschheim empfahlen ein einfaches Mittel gegen den hohen Ausländeranteil von landesweit bis zu 15 Prozent – bei einer starken Konzentration der Einwanderer in den Städten: Sie wollten den Ausländern das teure Bürgerrecht der Gemeinden günstiger verleihen, also Schweizer machen. Davon versprochen sie sich auch, dass die Fremden, von denen sich viele in den Heimatländern vor dem Kriegsdienst drückten, ebenfalls ins Militär einrücken und deshalb keinen Konkurrenzvorteil mehr geniessen sollten.

Der Erste Weltkrieg änderte alles. Zwar schlug der Bundesrat noch 1920 «Massnahmen gegen die Überfremdung» vor. Wegen des Krieges und der Krise danach, aber auch wegen der 1917 gegründeten Eidgenössischen Fremdenpolizei, ging jedoch der Ausländeranteil schnell zurück, bis auf 5 Prozent vor dem Zweiten Weltkrieg. Erst 1970, bei einer weit ausgeglicheneren Verteilung übers Land, stieg er wieder über die 15 Prozent von 1910.

Und was lässt sich aus dieser ersten «Überfremdung» lernen? Erstens kann die Schweiz auswählen, wer ihr einen Nutzen bringt. Zweitens muss die Politik verhindern, dass sich zu viele Schweizer im eigenen Land nicht mehr heimisch fühlen. Und drittens gilt, was der Kreuzlinger Stadtrat in seiner Mitteilung von Ende März feststellte: «Wir müssen uns bewusst sein, dass die Zuwanderung von vielen äusseren Faktoren abhängig ist, die sich auch bald wieder ändern können.»

sich ihnen in der freien Schweiz boten: Heinrich Nestlé aus Frankfurt, der ab 1839 in Vevey den heute grössten Nahrungsmittelproduzenten der Welt aufbaute. Charles Brown aus den Londoner Docklands, der seit 1851 für bahnbrechende Erfindungen bei Sulzer sorgte. Oder sein Sohn, Charles Eugene Lancelot Brown, der zusammen mit dem Franken Walter Boveri nach 1891 BBC (heute ABB) in der Elektrotechnik an die Weltspitze brachte. Schliesslich auch der berühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch, der bis 1918 in Zürich wirkte.

Und die Schweizer Wirtschaft brauchte nicht nur helle Köpfe,

sondern auch tüchtige Hände aus dem Ausland, also die italienischen Arbeiter vor allem im Gleis- und im Tunnelbau vom Gotthard bis zum Jungfrauoch und die deutschen Techniker in den Fabriken, die von Rorschach bis Rheinfelden entlang der Grenze heranwuchsen.

Um 1900, nach einem Jahrzehnt, in dem das Land aufblühte wie nie zuvor, begann sich aber unter den «überfremdeten» Eidgenossen Unbehagen breit zu machen. In der Schweiz herrschte «im Sommer Fremdenindustrie, im Winter Fremdenhass», berichtete der österreichische Generalkonsul nach Wien. Und der Redaktor